Sachverhalt

1. Aktueller Stand

Für die sichtbaren Relikte der NS-Herrschaft trägt die Stadt Nürnberg eine hohe Verantwortung. Grundlegend hat der Stadtrat 2004 beschlossen, dass der Erhalt der NS-Bauten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände die Voraussetzung für die Vermittlung der Lehren aus der NS-Zeit an künftige Generationen sein soll. Verantwortung für Aufklärung und Auseinandersetzung mit der NS-Zeit übernimmt die Stadt Nürnberg auch im Kontext von nicht in städtischem Besitz befindlichen Hinterlassenschaften, wie etwa am früheren Deportationsbahnhof Märzfeld im Eigentum der Deutschen Bahn oder mit dem Memorium Nürnberger Prozesse im staatlichen Justizpalast. Damit trägt die Stadt nicht zuletzt dem Anspruch als Stadt des Friedens und der Menschenrechte Rechnung.

Neben den Bauten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände sind im heutigen Stadtbild weitere Orte mit der nationalsozialistischen Herrschaftsrepräsentation verbunden. Zu nennen sind Adolf Hitlers bevorzugtes Hotel „Deutscher Hof“ am Frauentorgraben oder das vormalige „Gauhaus“ von Julius Streicher am heutigen Willy-Brandt-Platz. Letzteres Grundstück hatte die Stadt Nürnberg der jüdischen Eigentümerfamilie Tuchmann im März 1934 zu einem zu niedrigen Preis abgekauft und am 12. Februar 1935 Streicher anlässlich seines 50. Geburtstags geschenkt. Mit Franz Ruff wurde der Architekt der SS-Kaserne und der Kongresshalle mit dem Bau einer neuen Parteizentrale beauftragt, die im März 1937 fertiggestellt war. Nach Kriegsende ging das Gebäude in die Verwaltung der US-Militärregierung über, die es dem Verleger Joseph E. Drexel zur Nutzung übergab. Im April 1949 erwarb Drexels Verlag Nürnberger Presse Streichers früheres „Gauhaus“, wobei ein Teil des Geldes zur Entschädigung an die jüdischen Vorbesitzer ging. Seither nutzte der Verlag Nürnberger Presse das Haus als Hauptsitz, bevor er im Frühjahr 2025 neue Räumlichkeiten bezogen hat.

Angesichts der Geschichte des Gebäudes als Zeugnis sowohl der NS-Herrschaft als auch deren Überwindung durch demokratischen Wandel mittels Presse- und Meinungsfreiheit kommt ihm eine herausgehobene erinnerungskulturelle Stellung und Verantwortung für eine künftige Nutzung zu.

2. Ort der Demokratiebildung

Als langjähriger Verlagssitz der beiden noch bestehenden lokalen Tageszeitungen, „Nürnberger Nachrichten“ und „Nürnberger Zeitung“, gingen von hier wesentliche Impulse mittels freier und unabhängiger journalistischer Arbeit zur Überwindung nationalsozialistischen Gedankenguts und zur Festigung demokratischer Strukturen in der Nachkriegsgesellschaft weit über das Stadtgebiet hinaus aus. Dass dies nicht alleine auf die unmittelbare Nachkriegszeit bezogen ist, zeigten die investigativen Recherchen des Verlags Nürnberger Presse und des Bayerischen Rundfunks zur Aufdeckung der regionalen Verbindungen zu rechtsradikalen Unterstützerkreisen der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrund“ und eines früheren Bombenanschlags in einer Nürnberger Gastwirtschaft.

Vor dem Hintergrund der Doppelgeschichte des Hauses könnte ein zukunftsgewandter Lern- und Bildungsort mit den Themenschwerpunkten Meinungs- und Pressefreiheit als Voraussetzung für Demokratie entstehen. Themen wie analoge und digitale Verbreitung von Desinformation, Fake News, „Hate Speech“, Künstliche Intelligenz, Zensur und Unterdrückung freier Berichterstattung sowie die populistische Diffamierung als „Lügenpresse“ könnten ebenso Teil der pädagogischen und kritischen Auseinandersetzung sein wie der Ort selbst mit seiner Geschichte im 20. Jahrhundert. Der Adressatenkreis für (medien-)politische Bildungsarbeit könnte Jugendliche wie Erwachsene auf unterschiedlichen Bildungs- und Fortbildungsstufen umfassen und das bestehende

historisch-politische Programmangebot unter dem Blick der Medien und Presse als „vierter Gewalt“ ergänzen. Ein entsprechend ausdifferenziertes Angebot für unterschiedliche Schularten wäre zur Förderung einer kritischen Medienkompetenz in Zeiten, wo zunehmend rechtspopulistische und extremistische Inhalte über soziale Netzwerke schnell Verbreitung finden, für die künftige Stabilität unserer demokratisch-freiheitlichen Grundordnung essentiell.

3. Strukturelle Anknüpfungspunkte

In Bezug auf bereits bestehende städtische Angebote und Bildungsträger sind inhaltliche Anknüpfungspunkte denkbar an die Programme des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände und des Memoriums Nürnberger Prozesse. Hier bestehen bereits institutionalisierte Strukturen mit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Bildungsträger im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit und Auseinandersetzung mit der Nürnberger NS-Vergangenheit. Im Studienforum, das am Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände angegliedert ist, sind bereits verschiedene gesellschaftliche Gruppen wie DoKuPäd/Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, Geschichte Für Alle e.V., die Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, das Nürnberger Menschenrechtszentrum sowie das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum der Museen in Nürnberg miteinander verbunden. Dieses Netzwerk könnte mit der thematischen Ergänzung um weitere zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich der Demokratiebildung und Medienkompetenz ergänzt werden. Themen der Menschenrechtsbildung werden zudem durch das Menschenrechtsbüro abgedeckt. Kompetenzzentrum der Erwachsenenbildung und Multiplikator von entsprechenden Angeboten ist der Bildungscampus Nürnberg. Das Stadtarchiv ist in Hinblick auf Informationsgewinnung und -sicherheit, kritische Recherchefähigkeit und Informationsprovenienz wichtige Schnittstelle. Über das Schul- und Sportreferat mit der Stabsstelle Demokratie und Partizipation und dem Institut für Pädagogik und Schulpsychologie sowie das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg wäre eine weitere gesellschaftliche Breitenwirkung zu erzielen. So existiert bereits an der UNESCO-Projektschule Bertolt-Brecht-Schule ein Schwerpunkt Menschenrechts- und Demokratiebildung. Eine inhaltliche Verzahnung zu bestehenden städtischen Strukturen und kooperativen Netzwerken wäre gegeben.

Die Region verfügt über umfangreiche Kompetenzen aus Forschung und Wissenschaft wie die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit dem dortigen Schwerpunkt zu Menschenrechten oder den einschlägigen Lehrstühlen für Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie Öffentliches Recht und Völkerrecht. Letzterer bietet wiederum eine Schnittstelle zur Internationalen Akademie Nürnberger Prinzipien. Die Technische Universität Nürnberg ist u.a. wegen des Schwerpunkts auf der Erforschung Künstlicher Intelligenz von Relevanz.

Überregionale Partnerschaften wären vorstellbar mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit oder parteinahen Stiftungen, Gewerkschaften, aber auch den Verbänden von Journalisten oder Zeitungsverlegern. International wäre an die PEN-Vereinigung zu denken.

4. Mögliches Themenspektrum und Angebotsstruktur

Werden über die genannten lokalen Akteure bereits die Themenbereiche der Auseinandersetzung und Vermittlung der NS-Geschichte ebenso abgedeckt wie die Menschenrechtsbildung, gibt es bisher noch nicht systematisch in der Bildungsarbeit verankerte Aspekte wie kritische Mediennutzung oder ethische Ansprüche an die Pressefreiheit. Neben Bildungsprogrammen kann dies am historischen Ort auch mit der wechselhaften lokalen Mediengeschichte verknüpft werden. Bestehende Formate wie die Auszeichnung des bayerischen Pressefotos des Jahres oder Sonderausstellungen zu

Pressekarikaturen bzw. der Pressesituation in anderen Ländern bieten überregionale Perspektiven.

Neben Ausstellungselementen sollte eine neue Einrichtung mit dieser spezifischen inhaltlichen Ausrichtung insbesondere ein Ort der aktiven Debatte sein und eine demokratische Streitkultur fördern. Eine entsprechende Tagungs- und Forschungsinfrastruktur für Workshops und Seminare könnte beides miteinander verknüpfen. Die Möglichkeiten wechselnder Gastdozenturen sowie eigener Veröffentlichungsmöglichkeiten sollten Garant für die Aktualität der zu diskutierenden Themen sein.

Schlussendlich würde ein wie oben beschriebenes Profil an Nürnbergs herausragende Rolle als Medien- und Druckstandort seit der Frühen Neuzeit anknüpfen und diese wieder ins kollektive Bewusstsein rücken.

5. Nächste Schritte

Da man sich aktuell noch ganz am Anfang eines Planungsprozesses befindet, können dem Stadtrat noch keine konkreten Kosten oder Alternativen vorgelegt werden. Nach Abstimmung mit dem Verlag Nürnberger Presse gilt es, folgende Aspekte zu klären und zu vertiefen:

Die inhaltliche Konzeption soll mit fachlicher Expertise konkretisiert werden, z.B. mit Einrichtung eines Gründungsbeirats oder -kuratoriums sowie zivilgesellschaftlicher Beteiligung.

Unterschiedliche Modelle der Nutzer- und Trägerstruktur sind anhand der erarbeiteten Konzeption zu diskutieren. Die städtische Anbindung muss definiert werden.

Auf Grundlage der Konzeption erfolgt die Erstellung des Raumprogramms, das sich an den Gegebenheiten des Ortes orientiert. Die Ergebnisse werden dann inkl. einer Kostenschätzung präsentiert. Möglichkeiten der Finanzierung sind in diesem Zuge zu prüfen, auszuloten und darzustellen.

Der Start des Planungsprozesses unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte markiert eine interdisziplinäre Auftaktveranstaltung unter Einbindung der benannten Akteurs- und Adressatengruppen. Sofern dieser Prozess aufgenommen werden soll, wäre die Bereitstellung dafür benötigter Projektmittel notwendig.